

Zeitschrift: Der Fourier : offizielles Organ des Schweizerischen Fourier-Verbandes und des Verbandes Schweizerischer Fouriergehilfen

Band: 63 (1990)

Heft: 2

Artikel: Sicherheitspolitik : die Abstimmung vom 25./26. November 1989 zur Schweiz und der Milizarmee

Autor: Stahel, Albert

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-519527>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Abstimmung vom 25./26. November 1989 zur Schweiz und der Milizarmee

Unser Volk hat sich am Abstimmungs-Wochenende vom 25./26. November 1989 über die Initiative einer «Schweiz ohne Armee» klar für die Beibehaltung der bewaffneten Neutralität ausgesprochen. Eindeutig ist die Verwerfung mit 64,4 Prozent.

Die Ursachen für den Ja-Anteil der Abstimmung werden unterschiedlich interpretiert. Die bürgerlichen Parteien machen hierfür das Austeilen eines Denkkzettels an das EMD wie auch die politische Lage in Osteuropa und die Entspannung verantwortlich. Die Initianten, die GSoA, sehen das Problem der Dienstverweigerer und das Fehlen einer umfassenden Friedenspolitik als Gründe an. Die Niederlage der GSoA ist offensichtlich.

Bei einer Analyse der Ergebnisse in den verschiedenen Kantonen fällt auf, dass vor allem Kantone mit einem grossen Wählerpotential der Freisinnigen Partei auch einen hohen Ja-Anteil aufweisen. Eine für diesen Anteil der Ja-Stimmen mitverantwortliche Ursache dürfte sicher die Affäre Kopp und der dadurch ausgelöste Rückschlag der Freisinnigen als tragende Partei unseres Staates sein.

Ein weiterer Faktor sind Gorbatschow und seine Perestroika. Mit seinem Charme und der Ablösung der Kommunistischen Parteien in den Satelliten durch «Koalitionsregierungen» hat es Gorbatschow erreicht, dass unter den Intellektuellen und in den gutbürgerlichen Gesellschaften Westeuropas der Sozialismus wieder hoffähig wird. Die Einsicht in die Notwendigkeit einer politischen und militärischen Abwehr des Kommunismus ist in Westeuropa wie Schnee an der Sonne geschmolzen.

Wir sind moralisch gar nicht berechtigt, im Ernstfalle von andern Hilfe zu fordern, solange wir nicht selber bereit sind, für unsere Verteidigung angemessene Opfer zu bringen.

Georg Prader

Zusammenfassend dürften neben dem Denkkzettel an das EMD auch die politische Krise der FDP in der Schweiz – eigenartigerweise ist kurz vor der Abstimmung der PUK-Bericht erschienen – sowie die Ereignisse in Osteuropa für das Ergebnis verantwortlich sein.

Welche Folgerungen und Massnahmen gilt es einzuleiten? Was das EMD betrifft, so muss in diesem Departement eine Denkpause eingeschaltet werden, wobei die Priorität auf das Denken zu legen ist. Während dieser Pause muss die Personalpolitik der Armee und des EMD überprüft werden. Endgültig müssen die Herren im EMD einsehen, dass die Schweizer Armee eine Bürgerarmee ist, in der der mündige Bürger Dienst leistet.

Bundesrat und Parlament müssen das Dienstverweigererproblem lösen sowie allenfalls die Errichtung eines «echten» Friedensforschungsinstitutes prüfen. Dabei müsste dem Begriff «Forschung» eine hohe Aufmerksamkeit geschenkt werden. Als Standort kommt nur die Bundeshauptstadt Bern in Frage. Kleinliche Zänkereien und Eifersüchteleien zwischen den verschiedenen Hochschulen sind mit dem Blick auf das Gesamtinteresse im Keime zu ersticken.

Grundsätzlich gilt, dass unser Volk ein eindeutiges Bekenntnis zur bewaffneten Neutralität abgelegt hat! Die Vernunft hat gesiegt! In der Zukunft darf deshalb nicht fahrlässig mit der Landesverteidigung experimentiert oder gar der Begriff Sicherheit ohne Not erweitert werden.

Prof. Dr. Albert Stahel, Herrliberg